

Horst Kahrs*

DIE LINKE und ihre Wählerinnen und Wähler Eine Geschichte des wechselseitigen Missverstehens?

Zusammenfassung: DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren durch heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen an den Rand politischer Bedeutungslosigkeit in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kämpfen manövriert. Ursache sind ungelöste Widersprüche ihrer Gründungsgeschichte als antineoliberale Sammlungsbewegung und eine unterbliebene Parteibildung mit klarer strategischer Orientierung. Ihre Wähler*innen verstanden die Wahlentscheidung eher als Protest und Korrektiv und weniger als Votum für eine eigenständige demokratisch-sozialistische Politik. Anhand der Wahlbewegungen wird argumentiert, dass DIE LINKE ihren Lebenszyklus vollendet hat, weil sie es nicht verstanden hat, ihre innerparteilichen Konflikte als Spiegelbilder gesellschaftlicher Konflikte politisch produktiv zu machen.

Schlagwörter: Parteien, Wahlverhalten, Arbeiterklasse

The German Party THE LEFT and Its Voters A History of Mutual Misunderstanding?

Abstract: In recent years, the German party THE LEFT has manoeuvred itself to the brink of political irrelevance in the current social struggles as a result of fierce internal party disputes. This is due to unresolved contradictions in its founding history as an anti-neo-liberal rallying movement and a failure to form a party with a clear strategic orientation. Their voters understood their electoral decision more as a protest and corrective and less as a vote for an independent democratic-socialist policy. Based on the electoral movements, it is argued that THE LEFT has completed its life cycle because it did not understand how to make its inner-party conflicts politically productive as reflections of social conflicts.

Keywords: Parties, Electoral Behaviour, Working Class

* **Horst Kahrs** ist Sozialwissenschaftler und hat von 2012 bis 2021 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themenfeldern Klassen und Sozialstruktur sowie Demokratie und Wahlen gearbeitet.

Die Bundestagswahl 2021 offenbarte, dass sich die Partei DIE LINKE vierzehn Jahre nach ihrer offiziellen Gründung 2007 an den Rand ihrer Existenz als parlamentarische Partei manövriert hat. Mit 4,9 Prozent der Zweitstimmen wäre sie, wie 2013 die FDP, nicht mehr im Bundestag vertreten, wenn nicht drei gewonnene Direktmandate den Wiedereinzug ermöglicht hätten. Es folgten drei verlorene Landtagswahlen in Westdeutschland. Die Landtagsfraktion im Saarland ging dabei verloren. Der Rückhalt unter den Wahlberechtigten nähert sich dem der »sonstigen Parteien«, wie zuletzt mit 2,7 Prozent bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober 2022. Die statistische Durchschnittswähler*in der LINKEN stuft sich 2021/2022 im politischen Selbstverständnis erstmals weiter links ein als die Partei. Nimmt man diesen Hinweis ernst, hätte DIE LINKE nicht nur Millionen Wähler*innen verloren, sondern ihre politische Strahlkraft in Teile der Gesellschaft (Doppel u.a. 2022; Pokorny 2022).

Politischer Aufstieg und Abstieg – bis an die Grenze zur »Kleinstpartei«

DIE LINKE der Jahre 2005 bis 2010 existiert nicht mehr. Der politische Bedeutungsverlust der Bundespartei muss als sich zuspitzende Verschränkung unterschiedlicher Faktoren analysiert werden: etwa die verweigernde, jedenfalls unzureichende Anpassung an veränderte ökonomische und gesellschaftliche Konfliktlagen und politische Dynamiken (Lux u.a. 2021); die Abfolge nur verwalteter, aber nicht bearbeiteter innerparteilicher Konflikte um das Selbstverständnis als einer Partei links von Sozialdemokratie und Grünen in einer reichen kapitalistischen Gesellschaft des globalen Nordens; und das Fehlen eines strategischen Zentrums und einer argumentativen, einladenden programmatischen Debatte angesichts einer sich stark verändernden Mitgliedschaft; das mangelnde Verständnis für den Charakter und die Anliegen der ausschlaggebenden elektoralen Bewegungen. Dieser Beitrag versucht, die Motive im Wahlverhalten für den Wahlausgang maßgeblicher sozialer Gruppen nachzuzeichnen. »Maßgeblich« meint in diesem Zusammenhang die statistisch überdurchschnittliche Zustimmung in bestimmten Bevölkerungsgruppen.¹

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 erhielt die in Gründung befindliche neue Partei bundesweit 8,3 Prozent der abgegebenen gültigen

1 Die präsentierten Daten stammen, soweit nicht anders ausgewiesen, aus den »Wahl-nachtberichten« und Wahlanalysen, die der Autor seit 2005 zunächst für die Partei DIE LINKE und ab 2010 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung – teilweise mit Co-Autor*innen – verfasst hat. Sie finden sich online auf www.rosalux.org oder www.horstkahrs.de. Es handelt sich um Daten der amtlichen Wahlstatistik oder aus den entsprechenden Wahldaten von Infratest dimap oder der Forschungsgruppe Wahlen.

Zweitstimmen; 25,3 Prozent in Ostdeutschland und 4,9 Prozent in Westdeutschland. Vier Jahre später war das Ergebnis mit 11,9 Prozent zweifelhaft; 8,3 Prozent im Westen und sogar 28,5 Prozent im Osten. Dieser Zuwachs beim Zweitstimmenanteil zeigt ein höheres Gewicht im Verhältnis der Parteien untereinander. Für den Osten des Landes begann aber bereits 2009 der Rückhalt in der Wahlbevölkerung wieder abzunehmen. Denn die absolute Zahl der Zweitstimmen für DIE LINKE war gesunken, die Wahlbeteiligung sogar noch stärker. Ein höherer Zweitstimmenanteil korrespondierte so mit gesunkener Zustimmung unter der wahlberechtigten Bevölkerung. Der Anteil der Zweitstimmen an allen Wahlberechtigten, der »Ausschöpfungsgrad«, bildet die Stärke einer Partei besser nach, wenn auch die Wahlenthaltung als indirektes Votum berücksichtigt werden soll. Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte DIE LINKE bundesweit die Zustimmung von 6,7 Prozent der Wahlberechtigten, 3,8 Prozent im Westen und 18,4 Prozent im Osten, 2009 dann: 8,3 Prozent, 5,9 Prozent und 18,1 Prozent.

2021 lag der Rückhalt der Linkspartei unter den Wahlberechtigten bundesweit mit 3,7 Prozent weit unter dem Niveau von 2005. In den fünf ostdeutschen Flächenländern entschieden sich nur noch 7,1 Prozent der Wahlberechtigten für DIE LINKE, in den drei Stadtstaaten ebenfalls 7,1 Prozent und in den westdeutschen Flächenländern nur noch 2,7 Prozent – immerhin mehr als die PDS im Westen zu ihren besten Zeiten erhielt (0,9 %). Das Ausmaß des Niedergangs verdeutlicht dabei vor allem, dass die Ergebnisse in Westdeutschland bei der Bundestagswahl nicht mehr deutlich über den Ergebnissen bei Landtagswahlen lagen wie 2009, 2013 und 2017, sondern teilweise erheblich darunter. Zwischen 2017 und 2021 verlor die Partei ihren »bundespolitischen Bonus« als eine Partei, der in der Bundespolitik größere politische Bedeutung zugewiesen wird als in der (westdeutschen) Landespolitik. Mit den bundespolitischen Erfolgen gelang zunächst auch der Einzug in westdeutsche Landesparlamente mit Ausnahme von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Allerdings gingen bei den folgenden Landtagswahlen die Landtagsfraktionen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wieder verloren. Neben den Fraktionen in den Bürgerschaften Bremens und Hamburgs existiert nur noch eine Landtagsfraktion in Hessen. Die flächendeckende Verankerung im regionalen politischen Alltag und im parlamentarischen System der westdeutschen Länder – eine Bedingung für verstetigte bundespolitischen Relevanz – war und ist nicht gelungen (vgl. Rugenstein 2013). Gleichzeitig schwand die parlamentarische Stärke in den ostdeutschen Landesparlamenten stetig, mit Ausnahme Thüringens und mit Abstrichen auch Berlins.

Für eine Partei, die am parlamentarischen Parteienwettbewerb teilnimmt, ist die Fähigkeit zur Stimmenmaximierung ein entscheidendes Erfolgskriteri-

um. Umgekehrt erwarten ihre Wählerinnen und Wähler sich von der Stimmabgabe Wirksamkeit, Einfluss, Berücksichtigung ihrer Anliegen im zukünftigen politischen Geschehen. Stimmen für DIE LINKE waren über mehrere Wahlen vieldeutig: Die einen unterstützten die ideologische Orientierung, eine herausgehobene Persönlichkeit oder bestimmte sachorientierte Forderungen; andere verstanden ihre Wahlentscheidung als Ausdruck von Wut und Protest gegen den Gang der Dinge oder als gezielte Denkkarte an die Partei, die bislang ihre erste Wahl war; eine dritte Gruppe bilden diejenigen, die mit ihrer Wahl Teil einer neuen Regierung werden wollen. Die Wahlgeschichte von DIE LINKE bis 2021/22 lässt sich aus diesem Blickwinkel als gescheiterte Transformation einer antineoliberalen Sammlungsbewegung in eine zumindest so breit gesellschaftlich verankerte Partei beschreiben, dass ihr parlamentarisches Überleben auch jenseits aktueller politischer Stimmungslagen und Konjunkturen gesichert wäre.

DIE LINKE als widersprüchliche antineoliberale Sammlungsbewegung an der Wahlurne

In der Linkspartei trafen zwei gesellschaftliche Bewegungen aufeinander, die PDS im Osten und die WASG im Westen. Die vormalige PDS war stark geworden als ostdeutsche Regionalpartei, die DDR-Erwerbsbiografien und Lebenswege gegen westdeutsche Dominanz und Arroganz verteidigte. Sie griff die Kränkung vieler Ostdeutscher auf, dass ihre Lebensgeschichte für die westdeutsche Mehrheit irrelevant war, und forderte nicht zuletzt in der langanhaltenden ostdeutschen Transformationskrise eine schnellere Angleichung der Lebensverhältnisse. Bei der Bundestagswahl 1998, als die PDS mit bundesweit 5,1 Prozent der Zweitstimmen erstmals mit Fraktionsstärke in den Bundestag gewählt wurde, erhielt sie die Stimmen von 16,9 Prozent der Wahlberechtigten in Ostdeutschland. Das waren 21,6 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Ihren größten Rückhalt hatte sie unter den vor 1960 geborenen Wahlberechtigten. Sie waren 1990 älter als 30 Jahre, hatten also in der DDR einen größeren Teil ihres Erwerbslebens verbracht oder ihre Berufs- und Lebensplanung einschließlich Familiengründung begonnen. Sie kamen zudem eher aus der »Dienstklasse« denn aus der Industriearbeiterschaft, die ab 1990 zu größeren Teilen abgewickelt worden war. Die PDS scheiterte 2002, als sie sich bundespolitisch im Kanzlerschafts-Zweikampf Schröder versus Stoiber positionieren musste, an der Frage, wie sie ihr parlamentarisches Gewicht nach erfolgreicher Wiederwahl in den Bundestag gegebenenfalls machtpolitisch nutzen würde.

Die vormalige WASG, 2004 als Abspaltung von der SPD vor allem in Westdeutschland gegründet, vertrat mit Oskar Lafontaine, Ulrich Maurer, Klaus

Ernst, Thomas Händel und anderen traditionelle sozialdemokratische Sozialstaats-Positionen gegen die Arbeitsmarktpolitik »Agenda 2010« der Schröder-Mehrheit in der SPD. Sie war im engeren Sinne der parlamentarische Arm der Hartz-IV-Bewegung, die auch der PDS im Osten neues Leben einhauchte. Das soziale Rückgrat bildeten nach 1945 und vor 1965 geborene Männer und in geringerem Maße Frauen, die zuvor meist treue SPD-Wähler*innen gewesen waren. Von ihnen, den damals 40- bis 60-jährigen, erhielt DIE LINKE 2005 bereits überdurchschnittliche 11,1 Prozent der Zweitstimmen, 2009 sogar 15,2 Prozent. Die rotgrünen Arbeitsmarktreformen bedrohten sozialstaatliche Institutionen, auf die diese Alterskohorten ihre Lebensplanung gestützt hatten. Unter ihnen befanden sich überdurchschnittlich viele »Arbeiter*innen« beziehungsweise Wahlberechtigte mit einfacher oder mittlerer Schulbildung und einer Facharbeiter*innen-Ausbildung. Hartz IV drohte bei längerer Arbeitslosigkeit mit dem vorzeitigen Abschmelzen bescheidener Rücklagen für das Alter wie mit dem Verlust des vom »Armen« abgegrenzten sozialen Status des »Arbeitenden«. 2005 erhielt die Linkspartei.PDS unter wählenden erwerbstätigen Arbeiter*innen 12 Prozent, 2009 dann 18 Prozent und 2013 immerhin noch 13 Prozent der Stimmen, unter erwerbstätigen Angestellten 7 Prozent, 11 Prozent und 8 Prozent.

Das Gemeinsame beider Wahl-Bewegungen waren nicht die Zustimmung zu den demokratisch-sozialistischen Zukunftshoffnungen der Parteiprogrammatik oder die Unterstützung für entsprechende Transformationskonzepte und Forderungen, sondern »gebrochene Versprechen und verletzte Ansprüche« (Beck/Westhäuser 2022: 5), von denen man glaubte, sich in der Vergangenheit nach Maßgabe dominierender Moralökonomien Anrechte darauf erworben zu haben. Hierzu zählten Erwartungen wie die, durch eine stetige (Lohn-)Arbeiterbiografie soziale Sicherheiten auch für das Alter aufbauen zu können; dass Leistung sich auch nach körperlicher Anstrengung und nicht nach Markterfolg bemesse; ebenso, dass im Laufe des Erwerbslebens etwas aufgebaut werden könne, seien es der soziale Status oder materielle Güter, das staatlich geschützt sei. Im Osten fanden in den 1990er- und im Westen in den 2000er-Jahren entsprechend Angriffe auf die »Lebensleistung« und ein gesellschaftliches Ordnungssystem der Arbeit statt, das als verlässlich gesicherte Basis für die Lebensplanung gegolten hatte. Die Bewegung gegen die »Agenda 2010«-Politik barg für die Fusionspartei als möglichen gemeinsamen Nenner, die über Jahrzehnte entstandene Gewissheit unter Lohnarbeitenden zu verteidigen, dass der Sozialstaat auf jeden Fall den Arbeitnehmerstatus wahren würde. Die Erwartungen waren auf Wiedergutmachung beziehungsweise Wiederherstellung gerichtet. Entsprechend warb DIE LINKE in den Wahlkämpfen dieser Jahre vornehmlich mit ihrer Funktion als Korrektiv der

SPD, die ihre Grundsätze verraten habe: DIE LINKE wählen, »damit die SPD wieder sozialdemokratisch wird«, also nicht um ihrer selbst willen, sondern als Mittel für einen fremden Zweck. Insbesondere Gewerkschaftsmitgliedern bedienten dieses Narrativs. Die Partei warb um Stimmen nicht für ein eigenes Anliegen, sondern für Anliegen, die eigentlich eine andere Partei hätte erfüllen müssen. Um Stimmen der Unzufriedenheit von einer anderen Partei in bestimmten Konstellationen abzuwerben, mag das eine hinreichende Wahlstrategie sein, doch auf die Dauer bildet das keine Basis für die eigenen Anliegen, auch nicht, wenn die SPD in dieser Erzählung später durch eine andere Partei, Bündnis 90/Die Grünen, ersetzt wurde. Im Gegenteil: Dieses politische Geschäftsmodell scheitert spätestens dann, wenn sich wie bei der Wahl 2021 die Ausgangskonstellationen geändert haben und erstmals wieder ein Wechsel im Kanzleramt möglich erscheint.

Durch die selbstgewählte Rolle als Ort des sozialen Protests und als sozialdemokratisches Korrektiv geriet die Partei nach der Wahl 2009 in schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen zwischen führenden Persönlichkeiten, die die Wählerschaft nachhaltig verunsicherten. Die beiden zeitlich und inhaltlich unterschiedenen Gründungsimpulse übersetzten sich – nicht unüblich für Organisationen, in denen Personen Macht zugeteilt wird – nach dem Wahlerfolg 2009 in heftige innerparteiliche Kämpfe. Die ostdeutsche PDS war in der westdeutschen Wahlbevölkerung immer ein politischer Paria geblieben. Daher ließen sich, so die Annahme, die Erfolge der Ex-Sozialdemokrat*innen mit der WASG im Westen nur stabilisieren und weiter ausbauen, wenn für die enttäuschten sozialdemokratischen Wähler*innen öffentlichkeitswirksam geklärt wäre, dass nun westdeutsche Politiker*innen die Parteigeschicke bestimmten. Eine von Westdeutschen dominierte Ex-PDS konnte wiederum von den führenden PDS-Leuten allein schon wegen der besonderen Verankerung in Ostdeutschland als »ostdeutsche Interessenvertretung« nicht hingenommen werden. Die jeweiligen Stärken liefen entsprechend nicht spontan in eine gemeinsame Richtung. Der Konflikt wurde in wechselnden innerparteilichen Konstellationen ausgetragen und endete auch nicht mit den mühsam ausgehandelten Formelkompromissen im »Erfurter Programm« der Partei. Ungeklärt blieb unter anderem, wie mit dem widersprüchlichen Erbe der »Hartz-IV-Proteste« zu verfahren sei: Sollten sie als Armen-Proteste in die Programmatik eingehen oder als Proteste von Arbeitnehmer*innen gegen die sozialstaatliche Drohung, in kurzer Zeit unter diese »bedürftigen Armen« einsortiert zu werden?

Mit dem Göttinger Parteitag 2012 begann die machtpolitische Verwaltung der innerparteilichen Konfliktlagen: Verzicht auf programmatisch-strategische Analyse und Weichenstellungen, strategische Anläufe wie »verbinden-

de Klassenpolitik« oder Zusammenschlüsse neuer Parteimitglieder wie in der »Bewegungslinken« blieben in der gesamten Partei minoritär wie auch andere, ältere Gruppierungen. Es gab keine gemeinsam geteilten Kriterien, an denen Erfolg oder Misserfolg gemessen wurden, und keine gemeinsamen mittelfristigen Ziele, auf die die gesamte Partei jenseits tagespolitischer Gemengelage hinarbeiten würde. Der anhaltende Blick nach innen verstellte mehr und mehr den Blick auf Veränderungen außerhalb der Partei. Die Fähigkeit, als Partei unter veränderten politischen und sozialen Bedingungen zu agieren, schwand und damit auch die Fähigkeit, neue soziale Schichten anzusprechen und zu binden. Im Rückblick lässt sich festhalten: Nach der Bundestagswahl 2009 versäumte die Partei den Übergang von einer wahlpolitischen Sammlungsbewegung zu einer Partei mit eigener sozial verankerter und ideologisch verbundener Wähler*innen-Basis.

Abwendung als dominierendes Klassenwahlverhalten

Zunächst jedoch verstellte der eigene Erfolg den Blick auf die Bedeutung einer zweiten elektoralen Bewegung, die für DIE LINKE mittelfristig bedeutsam werden sollte: Größere Teile der unteren sozialen Klassen wandten sich von der Politik beziehungsweise der Beteiligung an Wahlen weiter ab. Bei der Bundestagswahl 2005 ging die Wahlbeteiligung nur geringfügig um 1,4 Prozentpunkte zurück. Vor allem Union und SPD verloren im Saldo an die Wahlabstinenz, die Linkspartei.PDS gewann netto mehr vormalige Nichtwähler*innen als sie verlor. 2009 verlor die SPD von ihren sechs Millionen Stimmen 2,6 Millionen an die Wahlabstinenz, deutlich mehr als an DIE LINKE mit 1,3 Millionen, die selbst rund 700.000 Stimmen an die Nichtwählerschaft einbüßte. Über 40 Prozent der enttäuschten sozialdemokratischen Wähler*innen war nicht bereit, eine andere Partei zu wählen, sie blieben bei der Wahl stattdessen zu Hause. Und wer 2005 vielleicht als enttäuschter Sozialdemokrat die Linkspartei.PDS gewählt hatte, fühlte sich in seinen Erwartungen, dass sich durch die Protestwahl die politische Richtung im Land ändern würde, ebenfalls enttäuscht: Nur gut 60 Prozent der Wähler*innen von 2005 wählten auch 2009 wieder DIE LINKE.

Bereits 2009 knüpfte ein Teil der sozialdemokratischen, proletarischen Wählerschaft an ein Klassenwahlverhalten an, das sich in den 1980er-Jahren in einer ersten Welle ausgebreitet hatte: Abwendung von der Partei oder Wahlabstinenz. Diese Bewegung setzte ein mit der Abkehr von der Vollbeschäftigungspolitik und dem Rück- beziehungsweise Umbau sozialstaatlicher Institutionen. Zu Ursachen und Motiven liegen eine Reihe von empirisch belastbaren Erkenntnissen vor. Immer geht es dabei um die Wiederkehr indivi-

dueller und kollektiver proletarischer Lebenslagen ohne Aussicht auf sozialen Aufstieg, um das Gefühl, nicht gesehen und erkannt zu werden, und um die fehlende Repräsentanz der eigenen Lage, Wünsche und Vorstellungen in der politischen Arena. Ein erster qualitativer Anstieg der Wahlenthaltung fand in den 1980er-Jahren parallel zur Deindustrialisierung in den alten Industriezentren statt. Städte, die über mehrere Jahrzehnte sozialdemokratisch regiert waren, wurden »schwarz«, industrielle proletarische Lebenswelten lösten sich auf (vgl. Metzkow 2021). Mit großen Industriebetrieben und auch mit dem Wegzug sozialer Aufsteiger schwanden die »Politikerklärer« aus den Vierteln (vgl. Walter 2017). Entscheidend für die Abwendung von »der Politik« war indes, dass etwa im Ruhrgebiet der Abbau von industriellen Arbeitsplätzen bestenfalls nur noch sozial abgefedert, aber nicht mehr verhindert werden konnte. Als Klassenerfahrung ließe sich zusammenfassen: Das Land – Nordrhein-Westfalen, zuvor auch die Bundesrepublik – wird sozialdemokratisch regiert, in vielen Aufsichtsräten sitzen qua Mitbestimmung Gewerkschaftsvertreter*innen. Und trotzdem gelingt es nicht, den Verlust der eigenen Lebensbasis zu verhindern. Was ist da noch zu erwarten? In der sozialwissenschaftlich orientierten Wahlforschung setzt damit eine Spirale ein, die sich selbst verstärkt: Wo Menschen schwer zu motivieren sind, überhaupt wählen zu gehen, treten Parteien seltener in Erscheinung, zumal die Erwartungen vermeintlich nicht zu erfüllen sind. Gleichzeitig verschwinden die Anliegen und Sichtweisen mehr und mehr aus der politischen Sprache und Repräsentation (vgl. Elsässer/Schäfer 2016).²

Ein zweiter qualitativer Rückgang kündigte sich 2005 bereits an und verstärkte sich 2009 und weiter 2013. Auslöser war, dass mit der »Agenda 2010«-Politik die Sozialdemokratie nach der Vollbeschäftigung ihr zweites großes soziales Versprechen, wenigstens Lebensstandard beziehungsweise Status zu sichern, preisgegeben hatte. Unter manuell tätigen Arbeiter*innen (nicht nur) in ehemaligen Industriezentren und in sozialen Vierteln mit niedrigem Durchschnittseinkommen, hohen Arbeitslosenquoten und hohem Anteil an migrantischer Bevölkerung ist die Wahlenthaltung weiter verbreitet als die Zustimmung zu einer bestimmten Partei, teilweise sogar stärker als die Wahlbeteiligung (Biskamp 2020; Vehrkamp/Wegschaidt 2017).³ Die Wahr-

2 Die vorstehend genannten Erklärungen für die wachsende Wahlenthaltung von Arbeiter*innen sind für diesen Text herausgehoben worden. Für einen vollständigeren Überblick vgl. Kahrs 2012; 2015, für die sozialräumliche Ausprägung in dieser Breite erstmals Schäfer u.a. 2013.

3 Kaum untersucht ist bisher, inwieweit der Anteil von Migrant*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und damit ohne Wahlberechtigung eine Wirkung hat. Sie stellen in bestimmten Vierteln und Berufen eine beachtliche Minderheit. So fehlt es schnell an dem,

nehmung mangelnder Repräsentation der eigenen Interessen verstärkte sich über die Jahre durch die tatsächlichen Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt. Der Anteil der (manuellen) Arbeiter*innen an allen Erwerbstätigen nahm von rund 50 Prozent noch Ende der 1960er-Jahre auf mittlerweile unter 20 Prozent ab. Dieser Wechsel »von der Mehrheit zur Minderheit« ging mit entsprechenden Status- und Repräsentationsverlusten einher. Wer noch manuell arbeitete, wurde schnell zu den Verlierern des sozialen Wandels gezählt (Kahrs 2018).

Wenn man von den politischen Akteuren als Angehöriger der Armut, des gesellschaftlichen »unten«, als Einkommensarmer usw. angesprochen wird, ist dies keine soziale Rolle, auf die man stolz sein könnte oder auf die sich Ansprüche gründen ließen. Nachwahlbefragungen zum Wahlverhalten im Jahr 2017 zeigten, dass unter angelernten und fachlich ausgebildeten Produktionsarbeiter*innen (kategorisiert nach dem Oesch-Modell) die Nichtwahl zu fast der Hälfte und unter Dienstleistungsarbeiter*innen mit gut einem Drittel das verbreitetste Wahlverhalten war (Biskamp 2020). DIE LINKE konnte sich dem Phänomen des Nichtwählens als Klassenwahlverhalten in seiner ganzen Breite nicht nähern. Nur die vermeintlich im Interesse der Einkommensarmen oder Niedriglöhner liegenden richtigen Forderungen zu erheben, erweist sich für eine Wahlbeteiligung als nicht ausreichend, wenn es an der Erwartung oder Hoffnung fehlt, dass »die Politik« an der eigenen Lage etwas ändern könne oder wolle. Wer in bedrängten, beengten Verhältnissen lebt, erwartet auch zeitnah Entlastung, sowohl materieller Art als auch in Gestalt eines gesellschaftspolitischen Narrativs, dass auch in einer »Wissensgesellschaft« für manuell Arbeitende einen respektablen Platz vorsieht und Anrechte begründet.⁴

Keine soziale Klassenpartei

Dass DIE LINKE nach 2009 keinen Begriff etablierte, unter dem sich ihre Wähler*innen wiederfinden konnten, an dem sie erkennen konnten, dass sie von der Partei gemeint waren, wurde bereits angedeutet. Die Begriffe »Arme«, »Armut«, »Einkommensarme«, »Niedriglöhner«, »Arbeitnehmerinnen und

wodurch sich Arbeiterwahlverhalten auch immer auszeichnete: die Verständigung am Arbeitsplatz oder im Viertel darüber, wen man denn dieses Mal wählen solle.

4 Zu Beginn der Coronapandemie, im Frühjahr 2020, bekamen viele »unsichtbare Berufe« wie derjenige der Verkäuferin plötzlich »Systemrelevanz« und öffentliche Wertschätzung als diejenigen, die »den Laden am Laufen halten« (Angela Merkel). Ein Jahr später waren Enttäuschung und Verbitterung spürbar, dass daraus keine immateriellen und materiellen Status-Verbesserungen folgten (vgl. Holst u.a. 2021; 2022; Hürtgen 2022).

Arbeitnehmer«, »untere und mittlere Einkommensgruppen« beschreiben zwar soziale Lagen, stiften aber keine Identität. Man hat als »hart arbeitender Paketbote« zwar wenig Einkommen, zählt sich aber gleichwohl auf keinen Fall zu den Armen. Denn das seien die, die eben nicht arbeiten. In der Wählerschaft der LINKEN kamen 2009 unterschiedliche sozialmoralische Milieus, moralische Ökonomien der Arbeiter*innen- und unteren Klassen zusammen, die sich gleichwohl fremd waren und blieben. Die einen waren Klientel der (Armen-)Fürsorge, die anderen verfügten über Solidaritäts-Ansprüche in der (Arbeiter-)Versicherung, die durch Beiträge vom Lohn erworben waren. »Hartz IV« tilgte mit der Arbeitslosenhilfe die tradierte sozialmoralische Trennlinie zwischen armen Arbeiter*innen und Almosenempfänger*innen und drohte mit dem schnellen Abstieg vom Arbeitnehmer-Status zur Fürsorge-Empfängerin, die zunächst ihre Rücklagen für das Alter aufbrauchen solle.⁵

Neben dem traditionellen Antikommunismus in der westdeutschen Arbeiterschaft findet sich hier ein zentraler Grund für die fehlende soziale Basis unter Arbeiter*innen. DIE LINKE vermochte zu keinem Zeitpunkt, unter erwerbstätigen Arbeiter*innen stärker als die Wahlabstinenz zu werden. Sie schaffte es auch nie, unter den wählenden Arbeiter*innen zur stärksten Partei zu werden. Dies gelang 2005 noch der SPD mit 37 Prozent der Arbeiterstimmen, gefolgt von der CDU mit 30 Prozent. Von 2009 bis 2017 war die CDU mit 28 Prozent, 35 Prozent und 25 Prozent stärkste Partei unter Arbeiter*innen, 2021 wieder die SPD mit 26 Prozent, 2017 und 2021 jeweils vor der AfD mit 21 Prozent. Ähnlich verlief das Wahlverhalten erwerbstätiger Angestellter.

Immerhin, bei der Bundestagswahl 2013⁶ waren in der Wählerschaft der LINKEN abhängig Beschäftigte in einfachen und qualifizierten manuellen Tätigkeiten sowie einfachen nicht manuellen Tätigkeiten leicht stärker vertreten als unter allen Wahlberechtigten, deutlich stärker aber schon in der Nichtwählerschaft. Die qualifizierten nicht manuellen Tätigkeiten waren stark unterdurchschnittlich vertreten. 2017 hatte sich die Struktur der Wählerschaft der LINKEN dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten angepasst; das

5 Diesen Widerspruch trug DIE LINKE jahrelang innerparteilich unter dem Stichwort »bedingungsloses Grundeinkommen« aus. Jüngst haben 56 Prozent des Drittels der Mitglieder, die sich am Entscheid beteiligten, für eine Aufnahme der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in das Parteiprogramm votiert. Stillgelegt ist der Konflikt damit noch lange nicht. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Gesellschafts- und Menschenbilder. Dass es überhaupt zu einem Mitgliederentscheid kam, verdankt sich der jahrelangen machtpolitischen Verwaltung des Konfliktes statt einer wirklich programmatischen Bearbeitung. Angesichts der inzwischen veränderten gesellschaftlichen und politischen Umstände, zu denen auch eine sich verbreiternde Vergesellschaftungsdiskussion zählt, wirkt der Mitgliederentscheid zudem merkwürdig aus der Zeit gefallen.

6 Für 2009 liegen vergleichbare Zahlen nicht vor.

heißt der Anteil der manuell Tätigen war gesunken, derjenige der qualifizierten, nicht manuell Tätigen auf den Durchschnitt aller Wahlberechtigten gestiegen. Hierbei handelt es sich um Daten des SOEP, also Nachwahlbefragungen (Brenke/Kritikos 2020). Fasst man die manuell Tätigen unter dem Begriff »Arbeiter«, die nicht-manuell Tätigen unter dem klassischen Begriff »Angestellte« und die akademisch qualifizierten abhängig Beschäftigten als »Akademiker« zusammen, so ergibt sich für 2017 folgendes Bild: Anteil der »Arbeiter*innen«: bei DIE LINKE 8 Prozent der gesamten Wählerschaft der Partei, bei der AfD 19 Prozent, unter Nichtwähler*innen 8 Prozent, unter allen Wahlberechtigten 9 Prozent; Anteil der Angestellten: bei DIE LINKE 30 Prozent, bei der AfD 34 Prozent, unter Nichtwähler*innen 28 Prozent, bei allen Wahlberechtigten 31 Prozent; Anteil der »Akademiker«: bei DIE LINKE 8 Prozent, bei der AfD 4 Prozent, unter Nichtwähler*innen 2 Prozent, bei allen Wahlberechtigten 6 Prozent. Die größte Abweichung von der sozialen Struktur der Wahlberechtigten bestanden 2017 bei Schüler*innen und Student*innen: In der Wählerschaft der LINKEN stellten sie 9 Prozent, unter allen Wahlberechtigten nur 5 Prozent. Bereits 2013 deutete sich dieses Übergewicht an. Insgesamt zeigen diese Daten, dass DIE LINKE zu keinem Zeitpunkt eine »Arbeiterpartei«, eine »Partei der Lohnabhängigen« oder gar der »großen Mehrheit« gewesen ist, vielleicht die Wahl 2009 geringfügig ausgenommen (vgl. Sablowski/Thien 2018).

Tatsächlich liegt die Wählerstruktur nach Erwerbsstatus zumindest bis 2017 – aktuellere Daten liegen zurzeit nicht vor – nahe am Bevölkerungsdurchschnitt. Abweichungen wie bei der AfD für manuelle Tätigkeiten und einfache nicht-manuelle Tätigkeiten (zusammen ein Anteil von 29 Prozent gegenüber 15 Prozent in der gesamten Wählerschaft) oder wie bei den Grünen für Akademiker*innen (15 % gegenüber 6 %) wurden im SOEP für DIE LINKE nicht festgestellt. Mit anderen Worten: Die heftig polarisierenden innerparteilichen Auseinandersetzungen um die bevorzugten Zielgruppen der Partei waren durch entsprechend schwerwiegende Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft nicht gedeckt.

DIE LINKE als Generationenprojekt?

Aufschlussreicher als der Blick auf den Erwerbsstatus ist der Blick auf das Alter. 2009 und 2013 stellten die zwischen 1945/1950 und 1965/1970 Geborenen⁷ laut repräsentativer Wahlstatistik ein Drittel bis zwei Fünftel der Wäh-

7 Will man das Wahlverhalten nach Geburtsjahrgängen über verschiedene Wahlen abbilden, steht man vor dem Problem, dass sich in den jeweiligen Altersgruppen der repräsen-

lerschaft der LINKEN und jeweils ein Viertel aller Wahlberechtigten – 2021 war der Anteil bei der LINKEN dann unterdurchschnittlich. 2021 waren in diesen ost- wie westdeutsch sozialstaatlich sozialisierten Alterskohorten die Stimmenverluste absolut und relativ am größten, entsprechend wuchs das Gewicht jüngerer Kohorten. Die Landtagswahl 2022 im Saarland zeigte nach dem Austritt von Oskar Lafontaine schlagartig und deutlicher noch als die Bundestagswahl ein halbes Jahr zuvor, dass unter den vor 1970 Geborenen nun eine starke Rückbewegung zur SPD stattgefunden hat. Angesichts der Bildungs- und Ausbildungsstruktur dieser Jahrgänge kann begründet vermutet werden, dass es sich vor allem um einfache und qualifizierte Arbeiter*innen und Angestellte handelte.

Die Wähler*innen, die DIE LINKE 2005 und 2009 stark machten und bis 2017 das elektorale Rückgrat ihrer Wahlergebnisse bildeten, verfolgten mit ihrem Kreuz für die Partei nicht die Absicht, die Systemfrage im antikapitalistischen Sinn zu stellen. Ihnen ging es um die Fortsetzung einer sozialstaatlichen Politik, die ihre Erwerbsbiografien, ihren sozialen Status und ihre gesellschaftlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen schützte und verteidigte, die enttäuscht von der Schröder-Sozialdemokratie die Lafontaine-Sozialdemokratie von 1998 wählten, in der Hoffnung, so politischen Druck ausüben zu können. Indirekt zeigte sich Wirkung: Weiterer Sozialabbau unterblieb nach 2009 weitgehend; in Krisenzeiten erwies sich der Sozialstaat als halbwegs verlässlich und flexibel handlungsfähig. Trug 2005 die Stimme für die Linkspartei.PDS dazu bei, einen SPD-Kanzler abzuwählen, so setzte die Stimme für DIE LINKE 2009 das Zeichen, dass es mit der SPD so wie zuletzt in der Großen Koalition nicht weitergehen dürfe. 2013 und 2017 schien die Wiederwahl Angela Merkels alternativlos angesichts der Schwäche der sozialdemokratischen Kandidaten, insofern war die Stimme für DIE LINKE ohne echten Einfluss auf die Regierungsbildung. 2021 hingegen, als eine sozialdemokratische Kanzlerschaft möglich erschien, wanderten fast 1,2 Millionen Wähler*innen von der LINKEN zu SPD und Grünen. DIE LINKE hatte sich für Regierungsarbeit selbst aus dem Spiel genommen, zuletzt massenwirksam bei der Abstimmung über den »Kabul«-Einsatz der Bundeswehr. Für viele dürfte die Wahl 2021 auch eine Rückkehr zur alten politischen Heimat gewesen sein. Für das ehemalige Rückgrat der Wählerschaft der LINKEN hatte sich, vor allem altersbedingt, die Lebenssituation zudem verändert: Wer um 1960 geboren wurde, hat 2021 das Ende des Erwerbslebens vor Augen, weiß

tativen Wahlstatistik und der Nachwahlbefragungen die Jahrgänge zuweilen in verschiedenen Altersgruppen wiederfinden. Deshalb ist es sinnvoll, statt einer scharfen Grenze mit einer leicht flexiblen Grenze zu arbeiten.

in etwa, wie seine oder ihre finanzielle Situation im Alter sein wird – wenn die sozialen, ökonomischen und politischen Umstände halbwegs stabil bleiben. Das ist ein schwieriger Hintergrund für größere Transformationsprojekte mit ungewisser Wirkung.

Ein neues soziales Rückgrat im Sinne einer überdurchschnittlichen Zustimmung konnte sich in der Wählerschaft der LINKEN bisher nicht herausbilden. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass es keine Problemwahrnehmung mehr gibt, die soziale Schichten übergreift und gesellschaftlich dominiert, wie zu den Gründungszeiten der Partei. Sozialer Pluralisierung entsprach im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine Pluralisierung der »wichtigsten Probleme«, die zu lösen seien. Laut dem ZDF-Politbarometer beherrschte im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts »Arbeitslosigkeit« und die damit zusammenhängenden Fragen nach sozialer Gerechtigkeit die abgefragte Problemwahrnehmung. Ab 2010 sank ihre Bedeutung, andere Probleme nahmen zu. Zwischenzeitlich dominierten »Ausländer, Migration und Flucht«, dann die Coronapandemie, aktuell der russische Krieg und die Energiekrise. Das sind alles Themen, auf die DIE LINKE angesichts ihrer Geschichte nicht vorbereitet war, die in ihrer Wählerschaft durchaus kontrovers beurteilt wurden und die somit Mut und Fähigkeit zur offenen Diskussion erfordert hätten. So blieb es beim zeitlich befristeten Zuwachs unter jüngeren Wähler*innen. An all diesen Wahrnehmungen von »wichtigen Problemen im Land«, an allen gesellschaftlichen Konfliktlinien der Ungleichheit der letzten Jahre lassen sich eindeutige Zuordnungen von bestimmten Positionen und Einstellungen – etwa zu Identitätsfragen, aber auch Verteilungsfragen – zu bestimmten sozialen Gruppen oder ideologischen Standpunkten nicht nachweisen und höchstens bedingt korrelieren. Vielmehr durchziehen die Unterschiede alle sozialen Schichten. Auch wenn man eine Polarisierung im Sinne einer harten Spaltung annimmt, etwa in »Kosmopolit*innen« und »Kommunitarist*innen«, fehlt es an belastbaren empirischen Nachweisen (Lux u.a. 2022; vgl. Ehling 2019).

Korrektiv oder ideologischer Kern?

Für eine wieder erfolgreiche Partei links von Sozialdemokratie und Grünen, für sozialistische Wahlerfolge, müsste geklärt werden, ob man sich als DIE LINKE eher als Korrektiv für enttäuschte SPD- und Grünen-Wähler*innen versteht oder als Partei einen eigenen ideologischen »Glutkern« hat, der sowohl emotional wie rational begeistert. Es müsste geklärt werden, ob man sich eher als soziale Schutzmacht derjenigen begreift, die Opfer der bevorstehenden mehrfaltigen Transformationsprozesse werden (könnten), ob

man sich eher als Interessenverwalterin sozialer und beruflicher Gruppen sieht, die sozialökologische Transformationsprozesse vorantreiben und gestalten wollen. Und schließlich müsste geklärt werden, wie eine »elektorale Brücke« zwischen den Generationen aussehen könnte. Immerhin sind heute bereits fast 60 Prozent der Wahlberechtigten über 50 Jahre alt und nur knapp 15 Prozent unter 30.

Vielleicht ließe sich das »Oder« auch durch ein »Und« ersetzen. Ansatzpunkte sind vorhanden. In einer repräsentativen empirischen Untersuchung aus der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zu den Gerechtigkeitsprinzipien stellte sich heraus, dass zwischen den Wählerschaften der Parteien eher geringe Unterschiede in der Bewertung der Verteilungsprinzipien »Leistung«, »Bedarf«, »Gleichheit« und »Anrecht« (qua Geburt, Status usw.) bestehen und dass Leistungsprinzip und Bedarfsprinzip dominieren – auch unter Wähler*innen der Linkspartei. Diese unterscheiden sich von den anderen Wählerschaften aber durch eine stärkere Gewichtung des Gleichheitsprinzips (Eisnecker u.a. 2018). Daraus ließe sich durchaus ein ideologischer, ordnungspolitischer Kern einer linken Partei formen. Das wäre kein Egalitarismus, der in Gleichmacherei führt, sondern darauf besteht, dass sich Ungleichheit vor den Ungleichen legitimieren und normativ begründen können muss. Das wäre ein Verständnis von Gleichheit, das vertikale Herrschaftsverhältnisse nicht akzeptiert, und die Gleichheit aller Menschen zur Trennlinie gegenüber rechter Politik macht. Normative Vorstellungen von einer »guten Gesellschaft«, die auf Egalität fokussiert, werden in allen sozialen Schichten geteilt und (wachsende) Ungleichheit wird als soziale und demokratische Bedrohung angesehen. Aus diesem politischen Rohstoff ließe sich mehr machen als etwas sozialdemokratischere Verteilungspolitik.⁸ Tradition hat in der Partei auch, auf die Bedeutung des »Öffentlichen«, der für alle zugänglichen Gemeingüter als einen wesentlichen Baustein einer »gerechten« beziehungsweise demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung hinzuweisen. Zuweilen gab sich diese Strömung auch die technokratisch anmutende Selbstbezeichnung »Infrastruktursozialismus«: Gute, allgemein verfügbar, resiliente Grundversorgung mit den notwendigen Lebensgütern zu organisieren, könnte nicht nur »für alle« interessant sein, sondern auch eine Antwort auf die spürbaren Vorboten der Klimakatastrophe sein, eine Antwort, die die bisherige eher äußerliche Verknüpfung von sozialer und ökologischer Frage in der Linkspartei aufhebt.

8 Ausführlicher hierzu Kahrs/Lederer 2022 sowie Kahrs 2022.

Literatur

- Beck, Linda / Westhäuser, Linus (2022): Verletzte Ansprüche. Zur politischen Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. In: *Berliner Journal für Soziologie* 32: 279-316. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-022-00470-0>.
- Biskamp, Floris (2020): Kein Kommunitarismus, nirgends. In: *Leviathan* 48(1): 70-89. DOI: <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2020-1-70>.
- Brenke, Karl / Kritikos, Alexander S. (2020): Wohin die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 wanderte. DIW-Wochenbericht 17/2020. Berlin.
- Dippel, Alina S. / Hetzer, Lukas / Burger, Axel M. (2022): Links oder rechts? Die ideologische Selbstversorgung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland. In: *easy_social_sciences* 67: 19-29. DOI: <https://doi.org/10.15464/easy.2022.04>.
- Ehling, Janis (2019). Die deutsche Sozialdemokratie vor dem Untergang – zerrieben zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus? *PROKLA* 196 49(3): 455-462. <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i196.1830>.
- Eisnecker, Philipp / Adriaans, Jule / Liebig, Stefan (2018): Was macht Gerechtigkeit aus? Deutsche WählerInnen befürworten über Parteigrenzen hinweg das Leistungs- und das Bedarfsprinzip. In: *DIW aktuell* 17 (7.11.2018). URL: <https://www.diw.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2016): Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany. MPIfG Discussion Paper 16/3. Köln. URL: <https://pure.mpg.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- Holst, Hajo / Fessler, Agnes / Niehoff, Steffen (2021): Covid-19, social class and work experience in Germany: inequalities in work-related health and economic risks. In: *European Societies* 23(sup1): 495-512. DOI: <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1828979>.
- (2022): Covid-19, Ungleichheit und (Erwerbs-)Arbeit – zur Relevanz sozialer Klasse in der Pandemie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 51(1): 41-65. DOI: <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2022-0004>.
- Hürtgen, Stefanie (2022): Gesellschaftliche Arbeit und soziale Demokratie: Der alltagspolitische Diskurs zu »Systemrelevanz« als Auseinandersetzung um eine sozialökologische Politik der Arbeit. In: *PROKLA* 206 52(1): 97-115. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i206.1981>.
- Kahrs, Horst (2012): Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- (2015): Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten. Zu neueren Befunden aus der Wahlforschung. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- (2018): Von der Mehrheit zur Minderheit. Statistische Daten zur sozialen Position »Arbeiter und Arbeiterin«. Materialien zur Klassenanalyse. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- (2022): Was heißt »linke Politik« und was wird aus ihr? In: Legrand, Jupp / Linden, Benedikt / Arlt, Hans-Jürgen (Hg.): *Transformation und Emanzipation*. Wiesbaden 2022 (i.E.).
- / Lederer, Klaus (2022): Überzeugung statt Empörung. Perspektiven für eine progressive Linke. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2022: 103-112.
- Lux, Thomas / Mau, Steffen / Jacobi, Aljoscha (2022): Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. In: *Berliner Journal für Soziologie* 32: 173-212. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-021-00456-4>.
- Metzkow, Kaspar (2021): Ortsbeziehungen und Klasse im Kontext der Deindustrialisierung. Zur Bedeutung des Wandels industriell geprägter Nachbarschaften für ihre langjährigen Bewohner:innen. Potsdam.
- Pokorny, Sabine (2022): Wieso, weshalb, warum? Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Berlin. URL: <https://www.kas.de/>, Zugriff: 10.10.2022.

- Rugenstein, Jonas (2013): Nach der günstigen Gelegenheit. Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009. Göttingen.
- Sablowski, Thomas / Thien, Hans-Günter (2018). Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem? PROKLA. 190 48(1): 55-72. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.32>.
- Schäfer, Armin / Vehrkamp, Robert / Gagné, Jérémie (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh.
- Vehrkamp, Robert / Wegschaider, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh. URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- Walter, Franz (2017): Die Weissagung des Michael Young. Über die fatalen Ambivalenzen des Projekts der sozialdemokratischen Chancengesellschaft. In: Neues Deutschland (11.9.2017): 10.

<p>spw</p> <p>Heft 251 <small>Ausgabe 4-2022 7,00 Euro</small></p> <p>Emanzipatorische Bildung jenseits von Milieus?</p> <p>Zeynep Isertas und Uwe H. Bittlingmayer <i>Gesundheitsbildung und Literacy</i></p> <p>Micha Brumlik <i>Warum emanzipatorische Erziehung eine Kritik des Autoritarismus voraussetzt</i></p> <p>Ernst Dieter Rossmann <i>Von den Fakten zu den Perspektiven – weshalb die SPD aus der Nationalen Bildungsberichterstattung mehr machen kann und muss</i></p> <p>Interview mit Andrea Lange-Vester <i>Insgesamt also der Vorschlag: Weniger klassifizieren, mehr nachfragen und zuhören!</i></p> 	<p>„Die Philo- sophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“</p> <p>www.spw.de</p>
---	--